Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 15/8876, 15/9501

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes

§ 1

Das Bayerische Wassergesetz (BayWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juli 1994 (GVBl S. 822, BayRS 753-1-UG), zuletzt geändert durch § 5 des Gesetzes vom 10. April 2007 (GVBl S. 271), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift des Fünften Teils erhält folgende Fassung:

„Anlagen in oder an Gewässern,
Schutz vor Hochwasser und Dürre“
 - b) Die Überschrift des Fünften Teils Abschnitt II erhält folgende Fassung:

„Schutz vor Hochwasser und Dürre,
Wasser-, Eis- und Murgefahr“
 - c) Die Überschrift des Fünften Teils Abschnitts II Erster Titel erhält folgende Fassung:

„Grundsätze für den Schutz vor Hochwasser
und Dürre; Unterrichtung der Öffentlichkeit;
persönliche Hochwasservorsorge“
 - d) Art. 61 erhält folgende Fassung:

„Art. 61 Grundsätze für den Schutz vor Hochwasser
und Dürre“
 - e) Nach der Überschrift des Art. 61 werden eingefügt:

„Art. 61a Allgemeine Information der Öffentlichkeit
über Hochwassergefahren
Art. 61b Hochwassernachrichtendienst
Art. 61c Persönliche Hochwasservorsorge

Zweiter Titel
Überschwemmungsgebiete

- Art. 61d Überschwemmungsgebiete, Gewässer und Gewässerabschnitte mit Schadenspotenzial
- Art. 61e Pflicht zur Festsetzung von Überschwemmungsgebieten an Gewässern oder Gewässerabschnitten mit Schadenspotenzial
- Art. 61f Festsetzung von Überschwemmungsgebieten an sonstigen Gewässern oder Gewässerabschnitten
- Art. 61g Vorläufige Sicherung von Überschwemmungsgebieten
- Art. 61h Rechtsfolgen der Festsetzung und vorläufigen Sicherung
- Art. 61i Vorschriften zum Schutz vor Hochwassergefahren
- Art. 61j Überschwemmungsgefährdete Gebiete

Dritter Titel

Fachliche Grundlagen des Hochwasserschutzes

- Art. 61k Hochwasserschutzpläne
- Art. 61l Umsetzung von Regelungen der Europäischen Gemeinschaft und internationaler Übereinkommen für den Hochwasserschutz“

- f) Art. 62 erhält folgende Fassung:

„Art. 62 Schutzanordnungen, Hochwasserabfluss“
- g) Die Überschrift „Zweiter Titel Wasser und Eisgefahr“ wird durch die Überschrift

„Vierter Titel
Verpflichtungen zur Bekämpfung
von Wasser-, Eis- und Murgefahr“

ersetzt.

- h) Die Überschriften der Art. 67 und 94 werden jeweils durch den Klammerhinweis „(aufgehoben)“ ersetzt.
 - i) Nach der Überschrift des Art. 103 wird folgender Art. 103a eingefügt:

„Art. 103a Übergangsbestimmungen zu Gewässern
zweiter Ordnung“
2. Art. 3 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Satzbezeichnung im bisherigen Satz 1 entfällt.
 - b) Satz 2 wird aufgehoben.

3. In Art. 5 werden die Worte „Gewässer erster Ordnung“ durch die Worte „Gewässer erster oder zweiter Ordnung“ ersetzt.
4. In Art. 42 Satz 4 werden nach dem Wort „Maßnahmenprogramm“ die Worte „und in den Hochwasserschutzplänen“ eingefügt.
5. Art. 43 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 1 Nr. 2 werden die Worte „den Bezirken als eigene Aufgabe“ durch die Worte „dem Freistaat Bayern“ ersetzt.
 - b) In Abs. 2 werden die Worte „Abs. 1 Nrn. 2 und 3“ durch die Worte „Abs. 1 Nr. 3“ ersetzt.
6. In Art. 44 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „Gewässer zweiter und dritter Ordnung“ durch die Worte „Gewässer dritter Ordnung“ ersetzt.
7. Art. 45 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Sind andere als Körperschaften des öffentlichen Rechts (§ 29 Abs. 1 WHG) Träger der Unterhaltungslast und kommen sie ihren Verpflichtungen nicht ordnungsgemäß nach, so sind für Gewässer erster und zweiter Ordnung, für Gewässer, die zugleich die Grenze der Bundesrepublik Deutschland und des Freistaates Bayern bilden, und für Wildbäche der Staat, und für Gewässer dritter Ordnung die Gemeinden, in gemeindefreien Gebieten die Landkreise, verpflichtet, innerhalb ihres Gebiets die erforderlichen Unterhaltungsarbeiten auszuführen.“
8. Art. 46 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Absatzbezeichnung im bisherigen Abs. 1 entfällt.
 - b) Abs. 2 und 3 werden aufgehoben.
9. Art. 54 wird wie folgt geändert:
 - a) Der bisherige Wortlaut wird Abs. 1.
 - b) Es wird folgender Abs. 2 angefügt:

„(2) Die Aufgabe nach Abs. 1 ist eine öffentlich-rechtliche Verpflichtung.“
10. Art. 55 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Absatzbezeichnung im bisherigen Abs. 1 entfällt.
 - b) Abs. 2 und 3 werden aufgehoben.
11. Die Überschrift des Fünften Teils erhält folgende Fassung:

„Anlagen in oder an Gewässern,
Schutz vor Hochwasser und Dürre“
12. In Art. 59 Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „oder die in eingedeichten Gebieten errichtet werden“ gestrichen.
13. Art. 60 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 3 erhält folgende Fassung:

³Abweichend von Art. 75 Abs. 1 können als Vollzugsbehörden auch bestimmt werden:

1. Behörden des Freistaates Bayern oder seiner Aufsicht unterstehender Gemeinden und Gemeindeverbände oder
 2. Gesellschaften oder juristische Personen des Privatrechts (Beleihung).“
- b) Folgende Sätze 4, 5 und 6 werden angefügt:
- „⁴Eine Beleihung ist nur zulässig, wenn sie im öffentlichen Interesse liegt und der Beliehene die Gewähr für eine ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben bietet. ⁵Der Beliehene unterliegt der Rechts- und Fachaufsicht der Kreisverwaltungsbehörde. ⁶Die Bestimmungen der Gemeindeordnung über die Rechts- und Fachaufsicht gelten entsprechend.“
14. Die Überschrift des Abschnitts II erhält folgende Fassung:

„Schutz vor Hochwasser und Dürre,
Wasser-, Eis- und Murgefahr“
 15. Die Überschrift des Ersten Titels erhält folgende Fassung:

„Grundsätze für den Schutz vor Hochwasser und Dürre; Unterrichtung der Öffentlichkeit; persönliche Hochwasservorsorge“
 16. Art. 61 erhält folgende Fassung:

„Art. 61
Grundsätze für den Schutz
vor Hochwasser und Dürre
(Zu § 31a Abs. 1 und § 31b Abs. 6 WHG)

(1) Zur Minderung von Hochwasser- und Dürrefahren sollen Staat und Gemeinden im Rahmen ihrer Aufgaben auf

 1. Erhalt oder Wiederherstellung der Versickerungsfähigkeit der Böden,
 2. dezentrale Versickerung von Niederschlagswasser,
 3. Maßnahmen zur natürlichen Wasserrückhaltung und zur Wasserspeicherung

hinwirken.

(2) Bei der Planung von Hochwasserschutzeinrichtungen sind die Auswirkungen der Klimaänderung angemessen zu berücksichtigen.“
 17. Nach Art. 61 werden folgende Art. 61a bis 61c eingefügt:

„Art. 61a
Allgemeine Information der
Öffentlichkeit über Hochwassergefahren
(Zu § 31a Abs. 3 WHG)

¹Das Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz informiert die Öffentlichkeit durch

seine ihm nachgeordneten wasserwirtschaftlichen Fachbehörden

1. über ermittelte, vorläufig gesicherte und festgesetzte Überschwemmungsgebiete sowie überschwemmungsgefährdete Gebiete an Gewässern erster und zweiter Ordnung,
2. allgemein über die Hochwassergefahren, geeignete bauliche Vorsorgemaßnahmen für in Überschwemmungsgebieten gelegene bauliche Anlagen sowie sonstige Vorsorgemaßnahmen und Verhaltensregeln.

²Die Unterrichtung der Öffentlichkeit nach Satz 1 Nr. 1 an Gewässern dritter Ordnung obliegt den Gemeinden.

Art. 61b
Hochwassernachrichtendienst
(Zu § 31a Abs. 3 WHG)

(1) Zur Abwehr von Wasser- und Eisgefahr kann das Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz durch Rechtsverordnung einen vom Landesamt für Umwelt geleiteten Hochwasserbeobachtungs-, Melde- und Vorhersagedienst (Hochwassernachrichtendienst) einrichten.

(2) Die Rechtsverordnung kann vorsehen, dass Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, Unternehmer von Wasserbenutzungsanlagen oder sonstigen Anlagen in oder an Gewässern oder Dritte für den Hochwasserbeobachtungs-, Melde- und Vorhersagedienst ihre dafür geeigneten Sachmittel zur Verfügung zu stellen oder Dienst zu leisten haben.

Art. 61c
Persönliche Hochwasservorsorge
(Zu § 31a Abs. 2 WHG)

Die Vorsorgepflichten nach § 31a Abs. 2 WHG gelten zum Schutz vor Gefahren durch ansteigendes Grundwasser entsprechend.“

18. Nach Art. 61c wird folgender Zweiter Titel eingefügt:

„Zweiter Titel
Überschwemmungsgebiete

Art. 61d
Überschwemmungsgebiete, Gewässer und
Gewässerabschnitte mit Schadenspotenzial
(Zu § 31b Abs. 1, 2 und 5 WHG)

(1) ¹Überschwemmungsgebiete im Sinn des § 31b Abs. 1 WHG sind von den wasserwirtschaftlichen Fachbehörden vorrangig für die Gewässer und Gewässerabschnitte im Sinn des Abs. 3 zu ermitteln und fortzuschreiben, auf Karten darzustellen und in den jeweiligen Gebieten von den Kreisverwaltungsbehörden ortsüblich entsprechend Art. 61g Abs. 2 Sätze 1 und 2 öffentlich bekannt zu machen. ²Gleiches gilt für Wildbachgefährdungsbereiche an den ausgebauten Wildbächen. ³An Gewässern dritter Ordnung können auch die Gemeinden im Benehmen mit dem Wasserwirtschaftsamt die Überschwemmungsgebiete ermitteln, fort-

schreiben, auf Karten darstellen und den Kreisverwaltungsbehörden zur Bekanntmachung nach Satz 1 und zur Festsetzung übermitteln. ⁴Die Wasserwirtschaftsämter stellen den Gemeinden hierzu geeignete, bei ihnen vorhandene Daten zur Verfügung.

(2) ¹Für die Ermittlung ist ein Hochwasserereignis zugrunde zu legen, das statistisch einmal in 100 Jahren zu erwarten ist (Bemessungshochwasser); für die Ermittlung des vom Bemessungshochwasser betroffenen Überschwemmungsgebiets kann, soweit eine genauere Ermittlung nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich wäre, der Flächenumfang auch auf Grund geeigneter Höhenangaben und früherer Hochwasserereignisse geschätzt werden. ²Für Wildbachgefährdungsbereiche ist das Bemessungshochwasser unter Berücksichtigung der wildbachtypischen Eigenschaften auf den Bereich mit hohem Schadenspotenzial zu beziehen. ³Abweichend von Satz 1 gilt für Gewässer und Gewässerabschnitte im Wirkungsbereich von Stauanlagen, die den Hochwasserabfluss maßgeblich beeinflussen können, für die Ermittlung von Überschwemmungsgebieten jeweils ein gesondertes Bemessungshochwasser, das im Einzelfall auf der Grundlage der allgemein anerkannten Regeln der Technik von den wasserwirtschaftlichen Fachbehörden festgelegt wird.

(3) ¹Gewässer oder Gewässerabschnitte mit hohem Schadenspotenzial im Sinn des § 31b Abs. 2 Satz 4 WHG sind solche, durch die bei einem Bemessungshochwasser im Zusammenhang bebaute Ortsteile im Sinn des § 34 BauGB oder Grundstücke überschwemmt oder durchflossen werden, für die nach § 1 Abs. 1 bis 3 der Baunutzungsverordnung eine Baufläche oder ein Baugebiet im Flächennutzungsplan dargestellt oder im Bebauungsplan festgesetzt ist. ²Gewässer oder Gewässerabschnitte mit nicht nur geringfügigem Schadenspotenzial im Sinn des § 31b Abs. 2 Satz 1 WHG sind solche, in denen bei einem Bemessungshochwasser überregional bedeutsame Infrastruktureinrichtungen, insbesondere Fernstraßen oder Bahnlinien, überschwemmt oder durchflossen werden. ³In den Karten nach Abs. 1 sind Überschwemmungsgebiete an Gewässern oder Gewässerabschnitten mit hohem oder nicht nur geringfügigem Schadenspotenzial jeweils zu kennzeichnen; Art. 85 Abs. 1 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

Art. 61e
Pflicht zur Festsetzung von Überschwemmungs-
gebieten an Gewässern oder Gewässerabschnitten
mit Schadenspotenzial
(Zu § 31b Abs. 2 Sätze 3, 4 und 8 WHG)

(1) ¹Für die Gewässer und Gewässerabschnitte im Sinn des Art. 61d Abs. 3 sind Überschwemmungsgebiete von den Kreisverwaltungsbehörden durch Rechtsverordnung für die vom Bemessungshochwasser erfassten Gebiete festzusetzen. ²Die für Gewässer im Sinn des Satzes 1 auf Grund bisherigen Rechts festgesetzten Überschwemmungsgebiete sind, soweit erforderlich, dem Bemessungshochwasser anzupassen.

(2) Für Gewässer und Gewässerabschnitte im Sinn des Art. 61d Abs. 3, die zugleich Wildbäche im Sinn des Art. 43 Abs. 2 Nr. 3 sind, sind von den Kreisverwaltungsbehörden die Wildbachgefährdungsbereiche durch Rechtsverordnung festzusetzen.

Art. 61f
Festsetzung von Überschwemmungsgebieten
an sonstigen Gewässern oder Gewässerabschnitten
(Zu § 31b Abs. 6 WHG)

Soweit eine Verpflichtung nach Art. 61e nicht besteht, können Überschwemmungsgebiete für den Bereich des Bemessungshochwassers durch Rechtsverordnung der Kreisverwaltungsbehörde festgesetzt werden, wenn der Schutz oder die Wiederherstellung der Funktion von Rückhalteflächen oder zum Schutz vor Hochwassergefahren Regelungen nach Art. 61h Abs. 1 oder Art. 61i erforderlich sind.

Art. 61g
Vorläufige Sicherung
von Überschwemmungsgebieten
(Zu § 31b Abs. 5 WHG)

(1) ¹Überschwemmungsgebiete im Sinn des Art. 61d, die von den wasserwirtschaftlichen Fachbehörden oder von den Gemeinden ermittelt und kartiert wurden und noch nicht als Überschwemmungsgebiete festgesetzt sind, gelten als vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete, wenn sie als solche ortsüblich bekannt gemacht sind. ²Satz 1 gilt für vor dem 1. Januar 2008 bekannt gemachte Überschwemmungsgebiete entsprechend. ³Die vorläufige Sicherung nach Satz 1 entfällt, soweit ein Überschwemmungsgebiet bereits in einem für verbindlich erklärten Regionalplan als Vorranggebiet für den Hochwasserschutz ausgewiesen ist; § 31b Abs. 4 Sätze 3 und 4 WHG gelten im Vorranggebiet entsprechend.

(2) ¹Die Kreisverwaltungsbehörde hat die Bekanntmachung im Sinn des Abs. 1 innerhalb eines Monats nach Übermittlung der vollständigen Karten zu bewirken. ²Für die Bekanntmachung gelten Art. 85 Abs. 1 Sätze 2 und 3 entsprechend; in der Bekanntmachung sind Ort und Zeit der möglichen Einsichtnahme in das Kartenwerk zu bestimmen und dessen Fundstelle im Internet anzugeben. ³Auf die Rechtsfolgen der vorläufigen Sicherung nach Art. 61h ist hinzuweisen; in den Fällen des Abs. 1 Satz 2 sind die Bekanntmachungen entsprechend zu ergänzen.

(3) ¹Die vorläufige Sicherung endet, sobald die Rechtsverordnung zur Festsetzung des Überschwemmungsgebiets in Kraft tritt oder das Festsetzungsverfahren eingestellt wird. ²Sie endet spätestens nach Ablauf von fünf Jahren. ³Im begründeten Einzelfall kann die Frist von der Kreisverwaltungsbehörde höchstens um zwei weitere Jahre verlängert werden.

Art. 61h
Rechtsfolgen der Festsetzung
und vorläufigen Sicherung
(Zu § 31b Abs. 2 Satz 6, Abs. 3 und 4 WHG)

(1) ¹In festgesetzten Überschwemmungsgebieten und festgesetzten Wildbachgefährdungsbereichen bedürfen

1. das Erhöhen oder Vertiefen der Erdoberfläche,
2. das Errichten oder Ändern von Anlagen,
3. das Anlegen, Erweitern oder Beseitigen von Baumbeständen, Strauch- und Heckenpflanzungen im Abflussbereich

der Genehmigung, soweit diese Handlungen nicht der Benutzung, der Unterhaltung, dem Ausbau oder der hoheitlichen Gefahrenabwehr dienen. ²In vorläufig gesicherten Gebieten gelten Satz 1 Nrn. 1 und 2 entsprechend. ³§ 31b Abs. 4 Sätze 3 und 4 WHG bleiben unberührt.

(2) ¹Die Genehmigung kann erteilt werden, wenn und soweit durch das Vorhaben

1. die Hochwasserrückhaltung nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt und der Verlust von Rückhalteraum umfang-, funktions- und zeitgleich ausgeglichen wird,
2. der Wasserstand und der Abfluss bei Hochwasser nicht nachteilig verändert werden,
3. der bestehende Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt wird und
4. die mit dem Vorhaben verbundenen baulichen Anlagen hochwasserangepasst ausgeführt werden,

oder die nachteiligen Auswirkungen durch Auflagen oder Bedingungen ausgeglichen werden können. ²Die Genehmigung gilt als erteilt, wenn nicht innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des vollständigen Antrags von der zuständigen Behörde anders entschieden wird. ³Wird schon vor Ablauf der Frist durch die Behörde mitgeteilt, dass gegen die beantragte Genehmigung keine Bedenken bestehen, gilt die Genehmigung bereits mit Zugang dieser Mitteilung als erteilt. ⁴Die zuständige Behörde kann durch Bescheid, der innerhalb der Frist nach Satz 2 bekannt gegeben werden muss, die Frist um höchstens zwei Monate verlängern. ⁵Ist eine Gestattung nach anderen Rechtsvorschriften zu erteilen, so entfällt die Genehmigung nach diesem Artikel; über die Voraussetzungen des Satzes 1 ist in dem anderen Verfahren zu entscheiden, Sätze 2 bis 4 finden keine Anwendung.

(3) Landwirtschaftliche oder sonstige Grundstücke sind so zu nutzen, dass mögliche Erosionen oder erhebliche nachteilige Auswirkungen auf Gewässer, insbesondere durch Schadstoffeinträge, vermieden oder verringert werden.

(4) ¹§ 31b Abs. 4 WHG gilt für Satzungen nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nrn. 2 und 3 und § 35 Abs. 6 BauGB entsprechend. ²Die Zulassung nach § 31b Abs. 4 Satz 2 WHG wird von den Landratsämtern erteilt, soweit sie nach § 2 der Zuständigkeitsverordnung im Bauwesen zuständig sind, sonst von der Regierung.

Art. 61i

Vorschriften zum Schutz vor Hochwassergefahren
(Zu § 31b Abs. 2 Sätze 6 und 7 und Abs. 3 WHG)

(1) ¹Die Kreisverwaltungsbehörde kann in der Rechtsverordnung gemäß Art. 61e und Art. 61f Ausnahmen von der Genehmigungspflicht in Art. 61h Abs. 1 und 2 zulassen und die zum Schutz vor Hochwassergefahren erforderlichen Verbote, Beschränkungen und Duldungspflichten anordnen, insbesondere

1. zum Erhalt oder zur Verbesserung der ökologischen Strukturen der Gewässer und ihrer Überflutungsflächen,
2. zur Verhinderung erosionsfördernder Maßnahmen, zur Verringerung oder Vermeidung möglicher Erosionen von landwirtschaftlich genutzten oder sonstigen Flächen,
3. zum Erhalt oder zur Gewinnung, insbesondere Rückgewinnung von Rückhalteflächen,
4. zur Regelung des Hochwasserabflusses,
5. zur Vermeidung und Verminderung von Schäden durch Hochwasser.

²In der Rechtsverordnung kann für die Umwandlung von Dauergrünland in Ackerland ein Genehmigungsvorbehalt angeordnet werden, soweit dies zum Schutz vor Hochwassergefahren unerlässlich ist. ³Überschwemmungsgebiete und Wildbachgefährdungsbereiche sollen in Zonen, für die unterschiedliche Ge- und Verbote sowie Schutzanordnungen gelten, eingeteilt werden. ⁴Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken können zur Vermeidung eines Verbots auch zur Vornahme bestimmter Handlungen verpflichtet werden.

(2) ¹In der Rechtsverordnung können Festsetzungen für den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen getroffen werden. ²Soweit eine hochwassersichere Errichtung von neuen Heizölverbraucheranlagen nicht möglich ist, kann diese durch Rechtsverordnung verboten werden. ³Für bestehende und neue Heizölverbraucheranlagen können Prüfungen durch Sachverständige im Sinn von Art. 37 Abs. 4 Nr. 4 und Nachrüstpflichten festgesetzt werden.

(3) In der Rechtsverordnung können die Betreiber von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen im Wirkungsbereich des Bemessungshochwassers verpflichtet werden, durch bauliche und betriebliche Maßnahmen Störungen der Wasserversorgung oder der Abwasserbeseitigung durch Hochwasser vorzubeugen und soweit wie möglich zu vermeiden.

(4) Stellt eine Anordnung in einer Rechtsverordnung nach Abs. 1 bis 3 eine Enteignung dar, so ist eine angemessene Entschädigung zu leisten.

Art. 61j

Überschwemmungsgefährdete Gebiete
(Zu § 31c WHG)

(1) ¹Für Gewässer erster und zweiter Ordnung oder für Abschnitte dieser Gewässer mit Schadenspotenzial nach Art. 61d Abs. 2 sind überschwemmungsgefährdete Gebiete, die bei Versagen von öffentlichen Hochwasserschutzeinrichtungen, insbesondere Deichen überschwemmt werden können, durch den Träger der Hochwasserschutzeinrichtung zu ermitteln, zu kartieren und zu veröffentlichen. ²Sonstige überschwemmungsgefährdete Gebiete sind von den wasserwirtschaftlichen Fachbehörden zu ermitteln, zu kartieren und zu veröffentlichen, soweit dies in Hochwasserschutzplänen oder Hochwasserrisikomanagementplänen festgelegt ist. ³Art. 85 Abs. 1 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

(2) ¹Entlang von Hochwasserschutzeinrichtungen gelten in einem Abstand von 60 Metern Art. 61h Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 und 2 und Abs. 2 entsprechend. ²Soweit darüber hinaus erforderlich, kann die Kreisverwaltungsbehörde in überschwemmungsgefährdeten Gebieten gemäß Abs. 1 durch Rechtsverordnung, Allgemeinverfügung oder durch Anordnung im Einzelfall Vorschriften entsprechend Art. 61i zum Schutz vor Hochwassergefahren erlassen. ³Für bauliche Anlagen kann in der Rechtsverordnung nach Satz 2 eine Genehmigung gefordert werden; Art. 61h Abs. 2 und Art. 61i Abs. 4 gelten entsprechend.“

19. Nach Art. 61j wird folgender Dritter Titel eingefügt:

„Dritter Titel

Fachliche Grundlagen des Hochwasserschutzes

Art. 61k

Hochwasserschutzpläne
(Zu §§ 31d und 32 WHG)

(1) ¹Für die Teilbereiche der Flussgebietseinheiten, die sich im Freistaat Bayern befinden, werden, soweit dies erforderlich ist, auf der Ebene der Planungsräume im Sinn des Art. 3b Pläne für einen möglichst schadlosen Wasserabfluss, den technischen Hochwasserschutz und die Gewinnung, insbesondere Rückgewinnung von Rückhalteflächen sowie weitere dem Hochwasserschutz dienende Maßnahmen (Hochwasserschutzpläne) aufgestellt. ²Soweit bestehende Pläne den Anforderungen des Satzes 1 und des Abs. 2 entsprechen, entfällt die Aufstellungspflicht.

(2) Für die Aufstellung, Koordinierung und Veröffentlichung der Hochwasserschutzpläne sowie die Durchführung einer strategischen Umweltprüfung gelten Art. 71a Abs. 1, 2 Sätze 2 und 3, Abs. 5 und Art. 71b entsprechend.

Art. 611

Umsetzung von Regelungen der Europäischen Gemeinschaft und internationaler Übereinkommen für den Hochwasserschutz

¹Die Staatsregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die zur Umsetzung von bindenden Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaft und zur Umsetzung internationaler Vereinbarungen erforderlichen Vorschriften für die Bewertung und das Management von durch Hochwasser bedingte Risiken für die menschliche Gesundheit, die Umwelt, das Kulturerbe und wirtschaftliche Tätigkeiten zu erlassen. ²Dabei können insbesondere Maßgaben und Fristen für die Aufstellung, Koordinierung, Aktualisierung und Fortschreibung sowie den Mindestinhalt für

1. eine erste Bewertung des Hochwasserrisikos in den Planungsräumen nach Art. 3b,
2. Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten sowie Hochwasserrisikomanagementpläne für Gebiete mit einem potenziellen signifikanten Hochwasserrisiko,

festgelegt und deren Abstimmung mit den Bewirtschaftungsplänen, Managementprogrammen sowie die Einbeziehung von Hochwasserschutzplänen geregelt werden.“

20. Art. 62 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:
„Schutzanordnungen, Hochwasserabfluss“
- b) Es wird folgender neuer Abs. 1 eingefügt:
„(1) Zur Vermeidung von Hochwassergefahren können von der Kreisverwaltungsbehörde durch Anordnungen im Sinn des Art. 61i Abs. 1 Sätze 1 und 3 für den Einzelfall Verbote, Beschränkungen, Duldungspflichten und Handlungspflichten erlassen werden, wenn ein Überschwemmungsgebiet festgesetzt ist.“
- c) Die bisherigen Abs. 1 bis 3 werden Abs. 2 bis 4.
- d) In Abs. 3 und 4 wird jeweils das Wort „Absatz 1“ durch die Worte „Abs. 1 und 2“ ersetzt.

21. Die Überschrift „Zweiter Titel Wasser- und Eisgefahr“ wird durch die Überschrift

„Vierter Titel
Verpflichtungen zur Bekämpfung
von Wasser-, Eis- und Murgefahr“

ersetzt.

22. Art. 66 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 werden die Worte „Wasser- und Eisgefahr“ durch die Worte „Wasser-, Eis- und Murgefahr“ ersetzt.
- b) In Abs. 2 werden nach dem Wort Überschwemmungen die Worte „oder Muren“ und im Klam-

merzusatz nach dem Wort „Dammwehr“ ein Komma und das Wort „Murenabwehr“ eingefügt.

23. Art. 67 wird aufgehoben.

24. Art. 70 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- a) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„²Kontrollen, Messungen und Untersuchungen, die von Sachverständigen nach Art. 78 oder von Prüflaboratorien nach Art. 78a durchgeführt werden, stehen einer behördlichen Überwachung gleich; die näheren Voraussetzungen werden in der Verordnung geregelt.“

- b) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.

25. In Art. 71b Abs. 5 werden die Worte „nach Abs. 1 bis 3“ durch die Worte „nach Abs. 2 bis 4“ ersetzt.

26. In Art. 75 Abs. 1a werden nach dem Wort „Maßnahmenprogramme“ die Worte „sowie der Hochwasserschutzpläne“ eingefügt.

27. Art. 78 erhält folgende Fassung:

„Art. 78
Private Sachverständige

¹Das Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Aufgaben und die Anerkennung von privaten Sachverständigen in der Wasserwirtschaft zu regeln. ²In der Rechtsverordnung können insbesondere geregelt werden:

1. die Übertragung von fachlichen Aufgaben im Vollzug des Wasserhaushaltsgesetzes, dieses Gesetzes, der auf Grund dieser Gesetze erlassenen Rechtsverordnungen sowie der für wasserwirtschaftliche Zwecke erlassenen Zuwendungsrichtlinien auf private Sachverständige; Aufgaben zur Überwachung von Gewässerbenutzungen können nur unter den Voraussetzungen des Art. 70 Abs. 2 übertragen werden,
2. die Anerkennungsvoraussetzungen und das Anerkennungsverfahren,
3. Erlöschen, Rücknahme und Widerruf der Anerkennung,
4. die Aufgabenerledigung.“

28. Art. 85 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.
- b) Es werden folgende Sätze 2 und 3 angefügt:

„²Für das Verfahren können auch Karten in unveränderlicher digitaler Form verwendet werden. ³Eine ausreichende Möglichkeit zur Einsichtnahme muss gewährleistet sein.“

29. Art. 94 wird aufgehoben.

30. Art. 95 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nr. 2 Buchst. d erhält folgende Fassung:

„d) die in Art. 59 Abs. 1 und 2 oder in Art. 59a aufgeführten Anlagen errichtet oder wesentlich verändert oder die in Art. 61h Abs. 1 bezeichneten Handlungen vornimmt,“

bb) Nr. 3 wird wie folgt geändert:

aaa) In Buchst. f werden der Klammerzusatz „(Art. 67 Abs. 2)“ durch den Klammerzusatz „(Art. 61b Abs. 2)“ ersetzt und das Komma gestrichen.

bbb) Buchst. g wird gestrichen.

cc) In Nr. 5 Buchst. c wird der Klammerzusatz „(Art. 67 Abs. 2)“ durch den Klammerzusatz „(Art. 61b Abs. 2)“ ersetzt.

b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nr. 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In Buchst. c wird nach dem Klammerzusatz „(Art. 40 Abs. 1 Satz 2)“ ein Komma eingefügt.

bbb) Es wird folgender Buchst. d angefügt:

„d) über die Eigenüberwachung (Art. 70 Abs. 2)“

bb) Nr. 2 wird wie folgt geändert:

aaa) In Buchst. b wird nach dem Klammerzusatz „(Art. 68 Abs. 3, Art. 68a Abs. 2)“ ein Komma eingefügt.

bbb) Es werden folgende Buchst. c bis e angefügt:

„c) zum Hochwasserschutz (Art. 61e Abs. 1, Art. 61f, Art. 61i Abs. 2, Art. 62 Abs. 1),

d) zur Regelung des Gemeindegebrauchs (Art. 22),

e) zum Schutz von Wasserschutzgebieten (Art. 35)“.

31. Es wird folgender Art. 103a eingefügt:

„Art. 103a
Übergangsbestimmungen
zu Gewässern zweiter Ordnung

Vor dem 1. Januar 2009 begonnene Ausbau- und Unterhaltungsmaßnahmen an Gewässern zweiter Ordnung sind nach Art. 43 und 55 in ihrer bis zum Ablauf des 31. Dezember 2008 geltenden Fassung abzuschließen.“

32. In Anlage III II. Teil Nr. 4 Buchst. b Doppelbuchst. cc zwölfter Spiegelstrich werden die Worte „Art. 13 Abs. 2 Nr. 3, Art. 17 Abs. 2 Nr. 1“ durch die Worte „Art. 16 Abs. 2 Nr. 2, Art. 18 Abs. 2 Nr. 1“ ersetzt.

§ 2

Inkrafttreten

¹Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2008 in Kraft. ²Abweichend von Satz 1 treten § 1 Nrn. 2, 3, 5, 6, 7, 8, 10 und 31 am 1. Januar 2009 in Kraft.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin